



PRESSEMITTEILUNG

07.04.2014

Pro Bahn zur Verkehrspolitik in Baden-Württemberg

Schiene nicht länger benachteiligen

(Stuttgart (pb)) – PRO BAHN Baden-Württemberg, der unabhängige Fahrgastverband, stellt sich hinter die Politik des Verkehrsministers. Die einseitige Fokussierung auf den Straßenbau schadet dem Land.

„Wir stehen voll hinter der Politik des Verkehrsministers“, so Stefan Buhl, der Landesvorsitzende von PRO BAHN Baden-Württemberg zu den aktuellen Diskussionen um die Straßenbaumittel und die SPNV-Ausschreibungen. PRO BAHN sieht es kritisch, dass in der öffentlichen Diskussion so einseitig auf den Bau von Straßen geachtet wird. „Es ist grotesk: wegen ein paar Kilometer weniger Straßen ist das ganze Land in Rage. Wenn aber die DB AG ihre Fernverkehrszüge wie auf der Schwarzwaldbahn streicht, vernimmt man kaum Protest.“ Das Kernproblem ist, dass die DB AG und damit der Fahrgast den Staatshaushalt des Bundes sanieren müssen. Der Bund versucht zudem, die Länder in die Finanzierung der Schiene zu drängen.

„Wir haben es letztlich mit einer Art horizontalem Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern bei einem Sachthema, dem Schienenverkehr, zu tun“, sagte Stefan Buhl. Während der Bund bei den Straßenbaumitteln nach Gutsherrenart Mittel kurzfristig vergibt, knebelt er die Länder beim Schienenverkehr. Die gesamte Landespolitik sollte sich in Berlin dafür einsetzen, dass diese Benachteiligung der Schiene endet, so die Forderung von PRO BAHN.